



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserionsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1/4 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Aufträge auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 480. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 14. Oktober 1863.

Telegraphische Depesche.

Paris, 13. Okt. Der Staatsminister Villault ist gestorben. (Geboren 1805, Advokat, Deputirter unter Louis Philipp, 1852 Präsident des Corps législatif, 1854 Minister des Innern, dann Ministre orateur, seit dem 24. Juni d. J. Staatsminister.)

Preußen.

Berlin, 13. Okt. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Obersten a. D. von Krohn, bisher im westfälischen Füßli-Regiment Nr. 37, und dem Regierungs-Sekretär Rechnungsrath Schlegel zu Potsdam, den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Oberst-Lieutenant a. D. de Dumasse de l'Espinois, bisher im 7. rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 69, den Königl. Kronenorden dritter Klasse, dem Oberpfarrer Schulz an der St. Marienkirche zu Frankfurt a. D. den rothen Adlerorden vierter Klasse, sowie dem Gaupegels-Gräber Riemann zu Pagelien im Kreise Jüterburg und dem Begewärter Carl Meißner zu Zoltau Quarier im Kreise Glogau das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Dem Rechtsanwalt Simmel in Thorn ist das Notariat für den Bezirk des Appellationsgerichts zu Marienwerder verliehen worden.

Dem Kaufmann J. S. F. Reilmann in Berlin ist unter dem 10. Okt. 1863 ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen, in seiner Zusammenfassung als neu und eigenthümlich erkannten Apparat zur Gewinnung von Zucker aus Melassen, ohne jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden. (St. Anz.)

[Se. Maj. der König] werden, nach den gestern hier eingegangenen Nachrichten schon morgen, den 14., Früh hier eintreffen. Die Abreise von Baden-Baden erfolgt heute und Se. Majestät wird über Köln reisen, um den nunmehr vollendeten Dom zu besuchen. Den Festlichkeiten am 15. werden Allerhöchstdieselben jedoch nicht betheiligen. (S. unten Köln.) Eben so wenig werden J. Maj. die Königin und Se. Königl. Hoh. der Prinz Carl bei den Festlichkeiten zugegen sein. Se. Maj. wollen, wie verlautet, morgen Nachmittag hier einen Ministerconseil abhalten.

[Der Ministerpräsident v. Bismarck] wird heute Abend aus Baden-Baden hier erwartet.

[Zu den Wahlen.] Es scheint jetzt festzustehen, daß der Stadtverordneten-Vorsteher Herr Kochmann aus den Wahlen des Berliner IV. Wahlbezirks als Abgeordneter hervorgehen wird.

[Kein Urlaub.] Verschiedenen Beamten, welche in der Schlacht bei Leipzig mitgekämpft haben, ist der Urlaub, welchen sie nachgesucht hatten, um sich bei der Jubelfeier jenes großen Ereignisses zu betheiligen, abgelehnt worden.

[Die heutige Versammlung der hiesigen Mitglieder des Nationalvereins] wurde gegen 8 Uhr Abds. durch Herrn Franz Dunder eröffnet. Das Präsidium übernahm auf den einstimmigen Wunsch der etwa 800—1000 Köpfe starken Versammlung Herr v. Unruh. Derselbe verlas eine von mehreren Mitgliedern vorgeschlagene Resolution, welche wir weiter unten mittheilen, und stellte dieselbe zur Discussion. Herr Schulze-Delitzsch nahm zur Begründung der Resolution das Wort. Derselbe sprach ungefähr folgendes: Wie es der Name des Vereins ausspricht, verfolge der letztere das nationale Ziel. Dieses sei ein zweifaches, einerseits auf die Stärkung der Nation dem Ausland gegenüber, sodann die Concentration aller Stämme des Volkes und die Zusammenfassung seiner die innere Entwicklung bedingenden Kräfte, die freie Selbstbestimmung der Gesamtheit und jedes Einzelnen, die Emancipation von den dem nationalen Prinzip feindlichen dynastischen Interessen antretend. Der Bund, wie er zur Zeit noch, oder richtiger wieder faktisch bestehe, sei in seiner Geburt die Negation des nationalen Prinzips gewesen, insofern eine Souveränität der einzelnen Fürsten und damit ein internationales Prinzip, ja die Vasallen erblich, den Herrscher wählbar hingestellt habe. Der Bund habe ursprünglich von der Vermischung in die inneren Verhältnisse der Einzelstaaten Abstand genommen, in der Folge aber in einer lediglich den dynastischen Interessen dienenden, volkreichen Weise sich in die Regierung mehrerer constitutionell organisirter Länder eingemischt. Sobald er hierzu übergegangen, wäre naturgemäß die Vertretung der Völker in dem Bundesrathe geboten gewesen, aber freilich niemals zugelassen. In Preußen, in allen Ländern Europas, das Gesamt-Deutschland ausgenommen, habe sich mit der Zeit eine einige Nationalität herausgebildet, weil in allen Ländern, Deutschland ausgenommen, die kleinen Herren — die großen Vasallen von der Krone bemächtigt worden. Im Gegentheil seien viele Vasallen des deutschen Kaisers über die deutsche Monarchie Herr geworden, haben sich nicht gesäumt, aus den Händen des Reichsfürsten die volle Unabhängigkeit, die Krone in Empfang zu nehmen, und erst dann sei der Reichsfürst Napoleon von ihnen aufgegeben, als die Integrität der schwachvoll erworbenen Kronen ihnen zugesichert worden, jenes Bündnis aber sich als gefährlich herausgestellt habe. Das Volk sei niemals gefragt, ob es sich die neuen Herren gefallen lassen wolle. Der so gestiftete Bund habe sich 1848 aufgelöst, sei aber nachher ganz einseitig wieder zusammengetreten, ohnmächtig gegen das Ausland, eine Affekuranz des Absolutismus nach innen. So sei der Absolutismus feodal, der Feudalismus absolutistisch geworden. Wenn nun jetzt von österreichischer Seite ein Projekt aufgestellt sei, welches die Einheit des Vaterlandes im Munde führe, so drohe in der That statt der Ecclia die Gharibdis. Die Centralgewalt, welche geschaffen werden solle, sei ein sechsköpfiges Ungeheuer, zu nichts tauglich; komme ein Feind angründet, so müßten wir ihn bitten, so lange zu warten, bis vielleicht fünf Köpfe den sechsten widerwärtigen zahm geblissen hätten. Dieser Centralgewalt stehe eine Delegirten-Versammlung zur Seite, welche nimmermehr das Vertrauen des Volkes haben könne, und wenn sie es wirklich befehle, ohnmächtig dastehende, da keine Verantwortlichkeit der Centralgewalt statuiert sei. Die Vollvertretungen in Deutschland seien zum Theil eigenthümlicher Art, z. B. die mecklenburgische, welche höchst unliebbare Delegirte schicken möchte. Der Kern des neuen Projectes sei aber die Kräftigung Österreichs, jenes rein dynastischen Staates, für welchen die Adoption des Nationalitätsprinzips Selbstmord sein würde. Daher folgten die meisten Fürsten dem Hause Habsburg, wendeten sich ab von Preußen, dessen Lebensader die Nationalität, wenn solche auch augenblicklich in den Hintergrund trete. Preußen verbante die Errettung aus mancher großen Gefahr lediglich der nationalen Erhebung. In dem österreichischen Entwurfe sei die Einmischung der Centralgewalt schon für den Fall vorgesehen, daß eine öffentliche Gefahr zu besorgen sei, das sei ein seltsamer Fortschritt gegen die früheren Zustände, wo doch bloß die vorhandene Gefahr die Einzelstaaten der Einmischung des Bundes — dem Wortlaute nach — unterworfen habe. Sollten wir Kriege für Österreich führen, etwa um Bourbonen und Habsburger in Italien einzuführen? In solchem Kriege würde die Niederlage Gewinn sein. Wollte man Österreichs Schulden bezahlen? Dazu geböre mehr Gemüthsstärke, als gemeinlich in Geldsachen anzutreffen sei. Wollte man den Zollverein opfern, welchem der erste Angriff solcher Centralgewalt gelten würde? Mit einem Wort, wenn das deutsche Volk dieses Danaer-Geschenk annehme, dann verdiene es kein unausbleibliches Unglück. Was nun die Haltung der preussischen Regierung in dieser Angelegenheit betreffe, so habe Österreich das Active, Positive voraus, soweit aber unsere Regierung gegen Vorschläge gemacht habe, seien auch diese nicht als ersprießlich zu betrachten, da sie einen vielleicht verhängnisvollen Dualismus einführen würden. Aber Herr v. Bismarck habe einen schönen Gedanken, einen correcten und vortrefflichen Gedanken ausgesprochen, den nämlich, daß die deutsche Volksvertretung nur direct aus dem Volke hervorgehen dürfe. Dieses Princip werde hoffentlich in seinen Consequenzen auch auf Preußens inneren Frieden einen heilsamen Einfluß üben. — Der

oft von lebhaftem Beifall unterbrochene Redner empfahl schließlich die dem Sinne nach in folgenden Sätzen sich darstellende Resolution, welche einstimmig angenommen wurde. 1) Österreichs Project ist nicht geeignet, das nationale Bedürfnis des deutschen Volkes zu befriedigen. 2) Preußens Vorschlag, insbesondere das in Aussicht genommene Veto würde einen Dualismus statuieren, dessen Folgen dem Vaterlande gefährlich werden können. 3) Die Reichsverfassung von 1849 ist nunmehr das Panier, um welches ganz Deutschland sich scharen muß. 4) Preußen hat nach wie vor den Ruf, die Spitze Deutschlands zu bilden, und jedes Patrioten Streben muß es sein, den preussischen Staat dieses Rufes würdiger zu machen. (V. B. S.) [Feier der Leipziger Schlacht.] Der „St. Anz.“ bringt folgenden königlichen Erlaß:

Am 18. Oktober d. J. sind 50 Jahre verflossen, seit Gottes starke Hand, die Waffen Preußens und seiner Verbündeten segnend, bei Leipzig den Kampf um unsere und des gesammten deutschen Vaterlands Unabhängigkeit entschied. Wie Mein Volk mit Mir bereits am 15. Februar d. J. im Gebete der Zeiten gedacht hat, da Gott vor 100 Jahren einen zwischen den Stämmen Deutschlands entbrannten, schweren Krieg durch einen segensreichen Frieden geschlossen und ein halbes Jahrhundert darnach unser Vaterland aus tiefer Demüthigung zu neuem Kampfe wachgerufen, so ziemt es sich auch jetzt, mit Dank und Bitte vor dem Herrn, des Tages zu gedenken, der jene gewaltigen Anstrengungen der Nation mit Segen gekrönt hat. Ich bestimme daher, daß an dem bevorstehenden 18. Oktober, dem zwanzigsten Sonntage nach Trinitatis, in allen Kirchen des Landes ein Festgottesdienst zur Erinnerung an die Schlacht bei Leipzig gefeiert werde. Die Ehrentage des preussischen Volkes mahnen uns an die wunderbare Gnadenhilfe, die unserm Vaterlande in Noth und Gefahr zu Theil geworden. Sie beugen unsere Herzen in Dank gegen die Allmacht und die Barmherzigkeit Gottes. Aber sie erheben auch unsere Zuversicht und unsere Hoffnung, daß der Herr, der unser Land und Volk bis hierher gnädig geführt hat, auch fernerhin sein starker Hort sein werde, auf daß Preußens König und Volk, einig in der Liebe zum Vaterlande und stark in dem Glauben an den allmächtigen Beistand Gottes, alle Gefahren siegreich bestehen, welche ihnen, es sei von innen oder von außen, fürder bereitet sein mögen. Ich beauftrage Sie, die kirchlichen Behörden von diesem Meinem Erlaß in Kenntniß zu setzen, um danach wegen der zu veranstaltenden Feier weitere Anordnung zu treffen.

Baden, den 7. Oktober 1863.

(gez.) Wilhelm.

(gez.) von Mähler.

An den Minister der geistlichen u. Angelegenheiten.

[Zur Executionsfrage.] Während die Meinung, daß es zur Bundeserrettung gegen Dänemark gar nicht kommen werde, immer mehr Boden gewinnt, verlautet, daß die preussische Regierung beabsichtige, das von Seiten Preußens zu stellende Reservecorps in der Stärke von etwa 10,000 Mann zu formiren und dasselbe aus Truppentheilen des 3., 4. und 7. Armee-corps zusammenzusetzen. — Was bis jetzt über die Beantwortung verlautet, welche die englische Note vom 29. September an den Bund zu erwarten hat, geht dahin, daß die vereinigten Ausschüsse ihr Gutachten, wenn auch in milder Form, auf die unbedingte Ablehnung des englischen Antrags („in Bezug auf die Streitfrage zwischen Deutschland und Dänemark der Mediation anderer Mächte zu unterziehen“) abgeben werden. Die betreffende Berichterstattung dürfte schon demnächst stattfinden. — Wie aus Wien berichtet wird, hätte Graf Rechberg den jetzt dort anwesenden österreichischen Botschafter am großbritannischen Hofe, Grafen Apponyi, angewiesen, jede Einmischung Englands in die Verträge, die innere Organisation des deutschen Bundes neu zu gestalten, zurückzuweisen.

[Ueber die in München abgehaltene sogenannte Vor-Conferenz in Zollvereinsachen] wird der „B. u. P.“ von unterrichteter Seite am 11. geschrieben:

Die Bevollmächtigten derjenigen Zollvereinsregierungen, die in der hiesigen Vorconferenz vertreten sind, haben drei Besprechungen gehalten. Wegen der Zurückhaltung der beteiligten west- und norddeutschen Regierungen, die von einer formalen Konferenz nichts wissen wollten, auch mit eigentlichen Vollmachten ihre Abgeordneten aus dieser Ursache gar nicht versehen hatten, läßt sich die Zusammenkunft als Konferenz auch eigentlich gar nicht bezeichnen. Dagegen muß constatirt werden, daß die Mittheilungen, die über die österreichischen Vorschläge gemacht wurden, zu befriedigen schienen. Allerdings ist ausdrücklich beifügt worden, Österreich halte sich an diese Vorschläge nicht gebunden, dieselben sollten „nur ungefähr“ das Maß dessen ausdrücken, was Österreich für eine Erweiterung seiner Beziehungen zum Zollverein zuzugestehen geneigt ist.

Stettin, 13. Okt. [Eine dritte Verwarnung.] Die „Pommersche Zeitung“ hat folgende (3te) Verwarnung erhalten:

„Die scurrile Weise, in welcher der Artikel: „Zwölf oder dreizehn Apostel?“ in der Nr. 465 der von Ihnen herausgegebenen „Pomm. Zeitung“ das Reserat über einen angeblich zwischen einem Wiesenbesitzer unweit Rheinmühlheim und einem benachbarten Mühlenbesitzer schwelenden Proceß einleitet, läßt die Absicht nicht verkennen, die Lehre der christlichen Religion vom heiligen Geiste durch Spott herabzusetzen. Die die öffentliche Wohlfahrt gefährdende Haltung Ihres Blattes wird hierdurch von Neuem bekräftigt und ertheile ich Ihnen daher hiermit gemäß §§ 1 und 3 der Verordnung, betreffend das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften vom 1. Juni d. J., eine abermalige Verwarnung. Stettin, den 10. Oktober 1863. Der Regierungs-Vize-Präsident v. Wertheim.“

Frankfurt a. O., 10. Okt. [Wiederwahl.] Durch das liberale Wahl-Comité für den leibser Wahlkreis berufen, fanden heute zwei Versammlungen von Vertrauensmännern hieselbst statt. In der einen waren die benachbarten Städte des Kreises und viele Dorfschaften in ausreichender Zahl vertreten. Die von den bisherigen Vertretern des Wahlkreises Frankfurt-Rebus, dem Gerichts-Director a. D. Gutsbecker Herrn Kuhlwein, und dem Geh. Ober-Rechnungsrath Herrn Borsche, eingegangenen Erklärungen zur Wiederannahme der Mandate wurde von den Anwesenden mit der größten Befriedigung vernommen und von ihnen mit Zuversicht erklärt, daß die Wiederwahl der Herren Candidaten aus dem Lande, so wie in den kleinen Städten des Kreises, trotz aller Machinationen der Gegenpartei keinem Zweifel unterliege, indem die Gesinnung der Urwähler keine Aenderung seit den letzten Wahlen erlitten habe. In der zweiten, aus den Vertrauensmännern der 23 Wahlbezirke der Stadt bestehenden Versammlung wurde die Wahlorganisation besprochen und bis in die kleinsten Details festgesetzt, so daß die Wiederwahl der Abgeordneten vollkommen gesichert erscheint. Auch in dieser überaus zahlreich besuchten Versammlung wurde die Erklärung der Herren Kuhlwein und Borsche mit den freudigsten Zurufen begrüßt.

Fürstenwalde, 10. Okt. [Disciplinarverfahren.] Das „Pr. B.“ schreibt: Gegen die beiden Schullehrer, welche am 22. v. M. als Zuschauer auf dem Perron des hiesigen Bahnhofes in der Nähe

Sr. Maj. des Königs standen und sich weigerten, ihre Kopfbedeckung abzunehmen, soll, wie man erfährt, ein Disciplinarverfahren eingeleitet worden sein.

Aus dem Kreise Wangeln. [Wiederwahl.] Die am 11. d. M. zu Langenweddingen versammelten bisherigen Wahlmänner des Kreises haben einstimmig beschlossen, an dem Bürgermeister a. D. Schneider als Abgeordneten auch bei der bevorstehenden Neuwahl festzuhalten und nur für solche Wahlmänner zu stimmen, die hiermit einverstanden sind. (Magd. Z.)

Bonn, 11. Okt. [Wahlangelegenheiten.] Heute Nachmittag fanden die von dem hiesigen Wahl-Comité in Rheinbach und Meckenheim veranstalteten Urwähler-Versammlungen statt. Die beiden früheren Abgeordneten des Wahlkreises Bonn-Rheinbach, v. Bunsen und v. Proff-Jrnick, wohnten denselben bei. In Meckenheim erklärte sich die äußerst zahlreiche Versammlung einstimmig für die Wiederwahl der genannten Herren. In Rheinbach versuchte zwar Herr Pastor J. aus R. im entgegengegesetzten Sinne zu wirken; derselbe fand aber mit seiner Opposition so wenig Anklang, daß schließlich nur zwei Personen mit ihm gegen die Wiederwahl stimmten. Gegen die Einmüthigkeit, welche sowohl in den heutigen beiden Versammlungen, als auch in den in Bonn abgehaltenen zu Gunsten der Herren v. Bunsen und v. Proff-Jrnick sich gezeigt hat, wird weder die Ortsverbrüderung des deutschen Handwerkerbundes hieselbst, welche eine Art von Opposition versucht, noch die vor acht Tagen in Noisdorf von 12 Personen besuchte Versammlung, welche einen eben so schwachen Versuch mit der Aufwiegelung der Landbevölkerung machte, etwas ausrichten. (R. Z.)

Köln, 12. Oktober. [Der König und die Dombaueier.] Wie die „Köln. Ztg.“ erfährt, ist an den hiesigen Central-Dombaueverein eine telegraphische Depesche vom königl. Hofmarschall-Amte eingegangen, der zufolge Se. Majestät der König durch unausschiebbare Geschäfte zum 14. Okt. nach Berlin berufen sind und bedauern, bei der Dombaueier am 15. d. M. in Köln nicht zugegen sein zu können.

Düren, 11. Okt. [Wiederwahl.] In der auf Anregung des hiesigen liberalen Wahlcomités heute hier abgehaltenen äußerst zahlreichen Urwählerversammlung des Kreises wurde folgende Resolution: „an der Wiederwahl unserer bisherigen, zur Fraction Vorkum-Dolffs gehörigen Abgeordneten, Herrn v. Hilgers und Gutsbecker Key festzuhalten und eine möglichst große Bethheiligung an den Wahlen anzuregen.“ einstimmig zum Beschluß erhoben. (Rh. Z.)

Deutschland.

Baden, 9. Oktober. [König Leopold.] Gestern Nachmittag traf unter dem Namen eines Grafen von Ardenne Se. Maj. der König der Belgier hier ein. Heute Mittag war König Leopold zur Tafel bei den beiden preussischen Majestäten, und es verkehrte derselbe, so viel man im Publikum bemerken kann, viel mit dem Könige Wilhelm. (Karlsruh. Z.)

Gotha, 11. Okt. [Walesrode.] Gestern war der seit diesem Sommer bekanntlich von Berlin hierher übergesiedelte Herausgeber des „Fortschritt“, Ludwig Walesrode, vor die Criminalabtheilung des hiesigen Stadtgerichts geladen. Die Ladung war auf eine Requisition der berliner Behörde erfolgt und bezweckte die Vernehmung Walesrodes über die Autorschaft verschiedener in letzter Zeit im „Fortschritt“ erschienenen Artikel. Wie die „Rh. Z.“ vernimmt, hat der Genannte jede Auslassung verweigert.

Leipzig, 11. Okt. [Dem Professor Rossmäpler] war gestern Abend 6 Uhr, wo seine Haftzeit abließ, von seinen Freunden, unter denen namentlich auch viele leipziger Arbeiter und Meßfremde aus allen Theilen Deutschlands zu nennen sind, eine solenne Einholung zugebracht. Ein bekränzter Wagen sollte ihn in seine Behausung zurückführen unter Vorantritt eines Musikchors und eines Gesangsvereins. Aber schon um 1 Uhr sah man ihn auf allen Straßen herumgehen, und Nachmittags um 4 Uhr las man in der eben ausgegebenen „Mitteld. B. Z.“ die Nachricht, daß Prof. Rossmäpler „auf höhere Anordnung“ bereits in der Mittagssunde seiner Haft entlassen worden sei. Wir können dem aus dessen eigenem Munde hinzufügen, daß diese, seine Haft um sechs Stunden kürzende Entlassung einstandesmäßig deshalb verfügt worden sei, um die beabsichtigte Einholung zu hintertreiben. Dies konnte aber nicht hindern, daß ihm an seiner Wohnung von einer großen Anzahl von Arbeitern kurz nach 6 Uhr ein Hoch ausgebracht wurde. Abends waren die weiten Hallen der „guten Quelle“, der von Rossmäpler gewöhnlich besuchten Restauration, wahrhaft überfüllt von Freunden des Volksmannes, dem diese Vorentscheidung des formellen Theils der ihm zugeachteten Anerkennung eben so wenig wie seine erlittene Haft die Sympathien des Volkes schmälert haben wird. Ein bereit gehaltenes Musikchor empfing ihn bei seinem Eintritt mit einem Tusch, und ein donnerndes Hoch begrüßte ihn, als er seinen drei Wochen lang leer gewesenen Platz einnahm. Von den vielen guten Trinksprüchen heben wir einen von Rossmäpler „auf die deutsche, von der Herrschaft der Kirche befreite Volksschule“ hervor. Bekanntlich war eine Aeußerung Rossmäplers über das Verhältnis der Volksschule zur orthodoxen Kirche (in der Flugschrift: „Ein Wort an die deutschen Arbeiter“) der Grund seiner Verurtheilung gewesen. (Fr. Z.)

Aus Mecklenburg-Schwerin, 11. Okt. [Gegen den Nationalverein.] Einem glaubwürdigen Gerichte zufolge ist vor einigen Tagen aus dem Ministerium des Innern an den rostocker Magistrat die Aufforderung ergangen, wegen der indicirten Theilnahme einer Anzahl Rostocker am Nationalverein Nachforschungen anzustellen. Die Veranlassung zu diesem Schritt des Ministeriums, welcher auf die Absicht, eine Untersuchung einzuleiten, hindeutet, wird wohl in der Versammlung von Mitgliedern und Freunden des Nationalvereins am 27. v. M., welche die seitdem durch die Presse bekannt gewordenen Resolutionen in der deutschen Frage faßte, zu suchen sein, wiewohl es auch an Veranlassungen gleicher Art aus früherer Zeit nicht gefehlt hätte. Das Ministerium hatte schon im Oktober 1859 ein Verbot gegen den Nationalverein erlassen, welches aber, da es schon seiner Form nach Gesetzeskraft nicht in Anspruch nehmen konnte und wollte, und auf Gesetze hinwies, deren Anwendbarkeit auf die Theilnahme am Nationalverein mehr als zweifelhaft ist, von denjenigen Personen, welche sich dadurch nicht behindern ließen, dem Nationalverein beizutreten, als bloße Warnung aufgefaßt ward, die ohne Verletzung eines Gesetzes auch unbeachtet bleiben konnte. Es wird sich nun wohl demnächst herausstellen, ob und wie weit diese Annahme eine berechtigte war. Jedenfalls würde die Zeit zu einem weiteren und strengeren Vorgehen gegen den Nationalverein wohl kaum glücklich gewählt sein,

